

C23: Über linke Zuhälter und den Soziologen Heinz Bude

Hamburg, 09.10.2009

von Franz Witsch

Heinz Bude über die Vergangenheit von Günter Grass:

“Wie konnte aus einem verführten, begeisterten, zum Selbstopfer bereiten Jungsoldaten ein fröhlicher Mitspieler Louis Armstrongs, ein engagierter Trommler für den Widerständler Willy Brandt und ein verlässlicher Verteidiger der besten Traditionen werden, die das Zivile in der Bundesrepublik besitzt?”

Die Disposition bei den Angehörigen der Flakhelfer-Generation, zu denen auch Prominente wie Jürgen Habermas oder Papst Benedikt II. zählen, verschaffe einen ungeheuren Deutungsvorteil vor den nachgeborenen Generationen. Durch die Erfahrung des Systemwechsels konnten sie, so Bude, beobachten, wie Verhaltensmuster ausgetauscht und Identifikationsobjekte gewechselt wurden. Günter Grass sei ein würdiger Nobelpreisträger aus Deutschland, da der Komplex der Verborgenheit sowohl seine Werke als auch seine Person durchdringe. Das verleihe ihm historische Glaubwürdigkeit.

Aus: [soziologie und ihre mediale Aufmerksamkeit](#) (vgl. auch BUH-DUE)

Liebe politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger,

wieder weniger Wahlbeteiligung, diesmal rund 5%. Die Wähler wenden sich ab, wenn auch, so steht zu vermuten, auf der Basis von Kritik aus dem bloßen Gefühl heraus, die sich argumentativ kaum oder nicht zureichend äußert: ein Engagement, das einsam vornehmlich entweder nach innen oder besinnungslos nach außen, auf irgendwelche Sündenböcke, zielt, mithin den öffentlich-gesellschaftlichen Kontext konstruktiv-sozialverträglich nicht berührt, vielleicht sogar nicht berühren kann. Diesen sozialen Sachverhalt werden wir im zweiten Teil unseres Buches “Die Politisierung des Bürgers” (WIF-DPB) (Untertitel: “Die Einbeziehung des Subjekts”) eingehend reflektieren.

Eine Kritik, die sich im Inneren verschließt oder besinnungslos gegen ein Außen schießt, verfährt nach dem Gut-Böse-Schema. In diesem Verfahren stimmt man einer Sache entweder zu oder nicht, das heißt, man diskutiert sie nicht. Wer den Mindestlohn kritisiert, ist unsozial. Punkt. Darin sind sich Linke wie Betroffene in einer heiligen Allianz einig. Wie auch nicht? Gerade der ausgegrenzte, von sinnvoller Arbeit befreite Bürger ist überfordert, um die Forderung auf ihre systemverändernde Substanz hin zu untersuchen. Dem Ansatz der WASH zufolge muss es Forderungen geben, die auf eine andere Gesellschaft zielen. Das tun die für die WASH unverhandelbaren Forderungen “keine Armut” und “kein Arbeitszwang”, übrigens im Unterschied zu einem Mindestlohn. Der Mindestlohn fordert nicht zu einem alternativen Gesellschaftskonzept heraus, denn er sagt nichts darüber aus, ob man mit ihm, ob nun mit 8 € oder 12 €, ohne Armut existieren kann. Und er bezieht nicht alle Bürger der Gesellschaft ein, sondern nur die, die einen mindestlohnfähigen Arbeitsplatz ihr eigen nennen können. Eine solche Klientelpolitik lehnen wir ab.

“Die Linke” um Gysi und Lafontaine lehnt es ab, einen forderungskritischen Ansatz zu diskutieren. Ihre Politik setzt darauf, dass es ein (Mindestlohn-)Gesetz schon richten werde. Genauso gut könnte man ein Gesetz für mehr Regen über der Sahara beschließen. Man will sich nicht vorstellen, dass soziale Forderungen vor dem Hintergrund ökonomischer Strukturen analysiert werden müssen, die bestimmte Entwicklungen (ausreichend viele Arbeitsplätze für alle) einfach nicht zulassen, wenn jene ökonomischen Strukturen in ihrer Substanz unangetastet bleiben. Mit anderen Worten: eine soziale Gesetzgebung erzeugt nicht schon aus sich heraus – sozusagen hypostasierend – eine sozialverträgliche Ökonomie, vielmehr

sind sozialverträgliche ökonomische Strukturen die Voraussetzung für eine soziale Gesetzgebung.

Das sind mithin Wahrheiten, die zu Karl Marx Zeit noch diskutiert werden durften; heute geht das nicht mehr. Die Menschen besitzen dafür zu wenig Lesekompetenz; sie geht bei den Linken gegen Null. Ich nenne das geistige Verwahrlosung. Die Menschen in unserer heutigen Gesellschaft sind immer weniger in der Lage, einen Satz auf seine weitergehende Bedeutung hin zu entziffern. Sie denken, einem Satz müsse eine eindeutig entschlüsselbare Bedeutung zukommen in der Weise, dass er entweder wahr oder falsch ist. Solche Sätze mag es geben, z.B. der Satz "Der Tisch ist rund". Aber mit solch einfachen Sätzen haben wir es in der sozialen Wirklichkeit nicht zu tun, auch wenn sie eine Rolle spielen mögen. So kann z.B. der Satz "Ich rede mit Hans" eindeutig mit "Ja" oder "Nein" beantwortet werden, nicht aber der Satz "*Der Mindestlohn erzeugt sozialverträgliche ökonomische Strukturen*". Im Gegenteil, dieser Satz ist mit der herrschenden Ökonomie vollständig vereinbar. Dass die Unternehmer gegen den Mindestlohn wettern, besagt gar nichts. Die wollen nur ihre Ängste in der Krise rationalisieren, und da kommt ihnen der Mindestlohn gerade recht. Ihre Politik basiert darauf, dass es etwas gibt, gegen das sie wettern können, andernfalls müssten sie ganz verstummen. Das heißt, sie begnügen sich völlig unzureichend damit, Konzepte aus der Negation heraus zu entwickeln; will sagen: sie haben kein Konzept, bzw. nur eines aus dem Gut-Böse-Schema heraus, das – und hier sind sie wie die Linken – den (äußeren) "Bösewicht" braucht, um Gestalt anzunehmen.

Der konzeptionelle Blick auf die soziale Wirklichkeit erfordert mehr als nur den Bösewicht (die es durchaus geben mag), nämlich eine sprachliche Verständigung, die sich nicht – gut-böse-trächtig – in Ja-Nein-Sätzen erschöpft. Zum Beispiel mag der negierende Protest gegen die herrschende Politik im Nicht-Wählen zum Ausdruck kommen; er kann aber nicht kurzschlüssig für das eigene Engagement (gegen die herrschende Politik) in Anspruch genommen werden. Es muss zuvor eine sprachliche Verständigung darüber, was im Inneren eines Protestierenden vorgeht, stattfinden, die selbst dort ausbleibt, wo Menschen in öffentlichen politischen Diskussionen sich wortreich austauschen.

Ein anderes Beispiel: Formuliert der Arbeitslose ein eigenes Interesse, wenn er einen Ein-Euro-Job machen will oder für den Mindestlohn plädiert? Ich glaube nicht; dazu müsste er, wie oben gesagt, einen mindestlohnfähigen Job haben; oder es müsste zum Ein-Euro-Job eine Alternative geben. Kein Problem. Wir sagen einfach: alles, was Arbeit schafft, ist sozial, bzw. erklären jeden Dreck zu menschenwürdiger Arbeit, selbst wenn sie völlig sinnlos ist und trotzdem viel kostet, z.B. das Zwischenparken von Arbeitslosen, um die Arbeitslosenstatistik zu schönern. Darauf ist das Programm der FDP mit ihrer Forderung nach einem Bürgergeld zugeschnitten. Das bedingungslose Grundeinkommen von Götz Werner ebenfalls, unbenommen davon, dass er es ohne Bedürftigkeitsprüfung ausnahmslos jedem Bürger gewähren will. Kurzum, in allen Konzepten, die mir bekannt sind, ist mit keinem Satz erklärt, wie wir zu mehr Arbeitsplätzen kommen können. Diese lassen sich nicht ökonomisch (über den Markt oder Gesetze) herstellen, sondern müssen politisch gewollt sein. Auf welche Weise dies (strukturell) geschehen kann, haben wir in vielen Bürgerbriefen angedeutet und in einem geldtheoretischen Exkurs unseres Buches "Die Politisierung des Bürgers" (WIF-DPB) ausführlicher beschrieben.

Wesentlich ist, die Arbeit geht uns objektiv gesehen aus, weil es entsprechende Strukturen gibt: die Kapitalverwertung frisst die Arbeitsplätze weg. Vor diesem Hintergrund läßt sich der gesellschaftliche Körper zunehmend mit Aggressionen auf – bis diese sich am Ende ohne jedes analytische Interesse entladen. Die Schwarz-Gelben sehen hier nur ein (Straf-)Rechtsproblem: wer schreit, hat Unrecht und muss bestraft werden. Aus die Maus. Das heißt, sie lehnen einen sozial-ökonomischen Diskurs ab, der mehr als nur Rechtsfragen diskutieren will. Schließlich ist das ihr Job; als Beamte wissen sie, wie man ein Gesetz ins Parlament einbringt, um es rechtskräftig werden zu lassen. Das Nachdenken über sozial-ökonomische Strukturen ist dagegen nicht ihr Job. Sie wissen auch gar nicht, was das ist: nachdenken.

Die Sozialdemokraten (SPD und “Die Linke”) möchten ja mehr, nämlich sozial argumentieren, doch bleiben ihre Bemühungen seit Marx in Ansätzen stecken; sie erreichen die gesellschafts-konzeptionelle Ebene nicht, sprich: sie sind hoffnungslos überfordert, ihre Politik sozial und moralisch in sich schlüssig zu formulieren. Hier sieht der Soziologe Heinz Bude (im ZDF-Nachtstudio, ZNS-DND) den entscheidenden Grund für das Wahldesaster der SPD, ohne indes in der Lage zu sein, diesen Grund tiefergehend zu diskutieren. Er sieht nicht, dass wir es hier nicht allein mit einem Problem der SPD, sondern der Linken, ja, der Gesellschaft insgesamt zu tun haben. Sein wesentlicher Fehler ist, dass er Probleme erst dann sieht, wenn Fakten, in diesem Falle das Wahldesaster der SPD, offen zutage treten. Die SPD, so Bude, begreife nicht, warum sie immer weniger Stimmen bekomme: man müsse dem Wähler erklären, warum die Agenda2010 und Hartz-IV großartige Reformen seien. Das sei bislang nicht zureichend gelungen, zumal der Erfinder von Hartz-IV, Ex-Kanzler Schröder, seine SPD(-Parteikader) nicht mitgenommen habe. Der SPD-Aktivist möchte mit einer in sich schlüssigen moralisch-sozialen Legitimation im Wahlkampf vor den Bürger treten können; er sehne sich nach einer in sich schlüssigen Begründung für Hartz-IV. Diese habe Schröder nicht geliefert mit der Folge, dass die SPD Wahlkampf ohne Selbstbewusstsein, bzw. mit einem schlechten Gewissen gemacht habe. Nun werde es Zeit, die Moral nachzuliefern, um die SPD aus dem Tief herauszuholen.

Guten Morgen, Herr Bude! Als würden die Linken nicht schon seit Helmut Schmidt unter Legitimationsproblemen leiden. Unter Schröder sind sie nur nicht mehr zu leugnen. Das heißt, als Soziologie-Professor analysiert Bude nicht (er weiß gar nicht, was das ist), sondern betreibt, wie die Bild-Zeitung, sein Geschäft mit Meinungen, die er dem Stammtisch von den Lippen saugt. Er begnügt sich damit, das, was die meisten längst wissen, in der Öffentlichkeit zu verkaufen, ausgeschmückt mit wohlfeilen Redewendungen, um den Anschein von Wissenschaftlichkeit zu erwecken. Dafür wird er bezahlt. Nicht dafür, dass er nachdenkt.

Budes Geschwätz lässt sich auf einen Satz reduzieren: Wer gegen Hartz4 ist, hat Hartz4 nicht verstanden, den er mit wohlklingenden Begriffen aufmotzt: er plädiert für einen “liberalen Paternalismus” (vgl. Bürgerbrief C21), in der Lage, Menschen so zu führen, dass sie glauben, was man ihnen aus berufenem Munde sagt. Ich möchte es mal für den Stammtisch sagen: Die SPD muss begreifen, dass der Bürger in den Arsch gefickt werden möchte. Nun ja, und wenn er jault, dann muss man ihm begreiflich machen, dass er seinen Arsch besser hinhalten und locker bleiben muss, damit er nach mehr schreit. Auf diese Weise hat sich Gerd Schröder sieben Jahre abreagieren können. Und nun möchte Lafontaine auch mal ran, mit Hilfe der Linken, die den Bürger mit entsprechenden Wohlfühlforderun-

gen in Stellung bringen sollen, damit er still hält. Auf diesem Niveau bewegt sich Heinz Bude: pure Zuhälterei.

Eigenen Maßstäben gerecht zu werden, ist genau das, wofür sich regierungswillige Sozialisten (seit Gründung der SPD vor nicht ganz 150 Jahren) noch nie interessiert haben. Bis heute. Ein unscheinbares aktuelles Beispiel ist die Bundestagspetition zur Abschaffung des Arbeitslosengeld-II-Sanktionsparagrafen 31 SGB II (vgl. Bürgerbriefe C21, C22):

<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition:sa=details:petition=6785>

Es gibt einen Beschluss des Bundesvorstands der Partei "Die Linke", der sich mit dieser Petition solidarisiert. Der Vorstand forderte die Mitglieder der Linken auf, diese Petition zu unterschreiben (vgl. Bürgerbrief C21). Ich selbst finde diese Petition vernünftig und habe sie deshalb im Bürgerbrief C22 unseren Lesern noch einmal ans Herz gelegt. Viele haben unterschrieben. Nicht unterschrieben haben ausgerechnet die Mitglieder des Bundesvorstands der Partei "Die Linken" Lafontaine, Gysi, Maurer, und nur ganz wenige linke Bundestagsabgeordnete haben unterschrieben, nämlich exakt 3 von insgesamt 76: Axel Troost, Kornelia Möller und der Hamburger Jan van Aken. Bei ihnen möchte ich mich bedanken. Allein, ich bekam von der linken Bundestagsabgeordneten Kersten Nauman die folgende Erklärung:

"Gysi und Lafontaine haben wahrlich andere Dinge jetzt im Kopf und am Hals. Neu- und Umstrukturierung, Kennenlernen der neuen Genossen, Verteilung der Sitze im Ausschuss, Fraktions- und Vorstandsklausuren... Dafür zeichnen meistens die Mitarbeiter mit, also nicht böse sein, wenn 2 Stimmen fehlen."

Ich erwiderte, es sei ein Armutszeugnis, dass bislang gerade mal 3200 Unterschriften zustande gekommen seien (bis zum 01.10.2009), obwohl der Vorstand der LINKEN seine mindestens 50.000 Mitglieder aufgefordert habe zu unterschreiben. Wörtlich sagte ich: "*Die LINKEN sind auch nicht aktiver als der Rest der Bevölkerung. Nur klaffen bei LINKEN explizit politischer Anspruch (andere aufklären zu wollen) und Wirklichkeit weit auseinander.*"

Bei mir als einfachen Bürger kommt dieser soziale Sachverhalt wie folgt an: Die Linken da oben nehmen nicht nur mich nicht ernst, nein, sie nehmen noch nicht mal sich selbst, nämlich das, was sie im Bundesvorstand beschließen, ernst. Das heißt, sie denken vor allem an sich und beurteilen selbst das, wovon sie überzeugt sind, vor dem Hintergrund, ob es ihren unmittelbaren Interessen dient. Sie instrumentalisieren die Interessen des Bürgers für eigene Interessen. Mit anderen Worten: die (in der Petition zum Ausdruck gebrachten) Interessen des Bürgers sind nicht von Belang, wenn sie nicht unmittelbar auf die Interessen des Politikers (z.B. Gysi und Lafontaine) zielen. Denen geht es um Regierungsbeteiligung, nicht darum, (nach der Wahl) den in Hartz-IV rechtskodifizierten Arbeitszwang in Frage zu stellen.

Mit anderen Forderungen ist es nicht anders, wie kürzlich Ramelow demonstrierte. Er reflektierte just in dem Moment den Sinn der Forderung "Raus aus Afghanistan", als die SPD nicht mit ihm, sondern mit der CDU eine Regierungskoalition vereinbaren wollte. So sind Sozialdemokraten. Man erkennt ihre miese Art nicht an der Forderung, denn es ist durchaus legitim, die (zeitlichen) Modalitäten eines

Afghanistan-Abzugs zu diskutieren, sondern daran, dass sie die Forderung für persönliche (Macht-)Interessen instrumentalisieren. Man kann Linke nicht mehr wählen und zwar aus strukturellen Gründen, das heißt, aus Gründen, die nicht zufällig, sozusagen aus Versehen, passieren. Gysi und Lafontaine verweigern ihre Unterschrift nicht deshalb (zufällig), weil sie anderes oder wichtigeres im Kopf haben, sondern weil sie sich für das Engagement des Ausgegrenzten einen Dreck interessieren.

Herzliche Grüße

Franz Witsch, Mitglied WASH (Wahlalternative Soziales Hamburg e.V.)

Quellen:

BUH-DUE: Heinz Bude, Debatte um Günter Grass: Die Überlegenheit des Schülersoldaten, SZ vom 17.08.2006

Link: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/906/406683/text/> oder

Link: <http://soziologische-aufmerksamkeit.blogspot.com/2006/08/heinz-bude-ueber-die-vergangenheit-von.html>

WIF-DPB: Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers. Erster Teil: zum Begriff der Teilhabe, Norderstedt 2009

ZNS-DND: ZDF-Nachstudio, Das Neue Deutschland. Wie ändert sich die Republik?, Sendung vom 04.10.09

mit den Gästen Tissy Bruns, Heinz Bude, Sascha Lobo, Hugo Müller-Vogg

Link: <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/855172/nachtstudio-vom-4.-Oktober-2009>